

# Wie mit Genossen im EAW Treptow Ihre westberliner Kollegen Europäischen Arbeiterkonferenz mit für die Volksbefragung

Über 1000 Kollegen aus Westberlin sind in unserem EAW-Betrieb in Berlin-Treptow beschäftigt. Sowohl bei der Vorbereitung als auch später bei der Auswertung der Europäischen Arbeiterkonferenz widmete unsere Betriebsparteiorganisation diesen Kollegen besondere Aufmerksamkeit, um sie anzusprechen und aufzuklären.

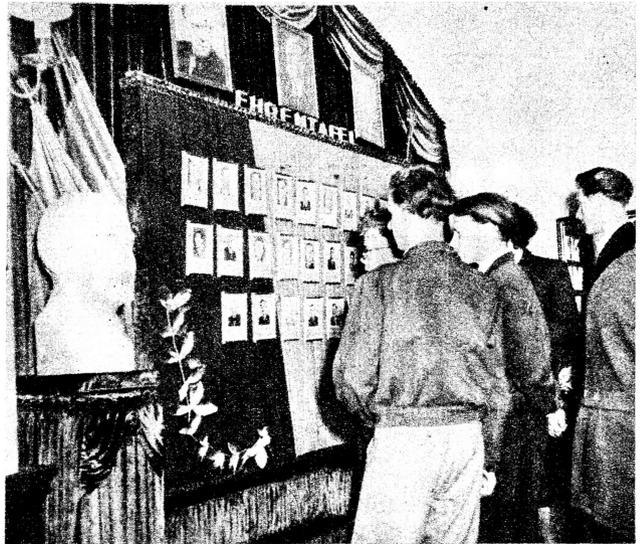
Als erstes wurde eine Liste der westberliner Kollegen auf gestellt und jeder Genosse unserer Grundorganisationen erhielt die Namen von einem oder zwei westberliner Kollegen. Die Agitatorengruppen unserer Grundorganisationen wurden angeleitet, mit den westberliner Kollegen besonders über die Frage der Aktionseinheit zu sprechen. Vor der EAK fanden „Gespräche am Runden Tisch“ mit westberliner Kollegen statt. Die Gespräche wurden zwanglos geführt. Ein Genosse eröffnete die Veranstaltung, indem er ein paar einführende Worte sprach. Dann wurden die Diskussionen an den Tischen weitergeführt. An jedem Tisch saßen ein oder zwei Genossen; überall wurde lebhaft diskutiert. Daß diese „Gespräche am Runden Tisch“ Anklang fanden, bewies die bedeutend höhere Teilnehmerzahl der zweiten und dritten Aussprache. Kurz vor dem Stattfinden der EAK fand das dritte dieser „Gespräche am Runden Tisch“ statt. Unsere Agitatoren waren mehrere Tage damit beschäftigt, mit allen uns bekannten SPD-Genossen und westberliner Kollegen zu diskutieren und sie zu der Veranstaltung einzuladen.

Zu dieser Versammlung der westberliner Kollegen, die von allen vorhergehenden am besten besucht war, hatten wir den Genossen Hanisch vom Initiativkomitee eingeladen, der kurz über die Bedeutung der EAK sprach. Am Schluß dieser Veranstaltung wurde dann ein Ausschuß für Aktionseinheit gegründet, der in Zukunft alle Veranstaltungen einberief und leitete. So wurde von diesem Komitee — unter aktiver Beteiligung unserer darin vertretenen Genossen, die von der Parteileitung angeleitet wurden — die Wahl der zwölf Bezirksdelegierten für die EAK durchgeführt. In allen Betriebsteilen wurden Versammlungen abgehalten und auf je 500 Kollegen ein Delegierter bestätigt. Selbstverständlich wurde immer unsere gesamte Parteiorganisation für die Vorbereitung dieser Veranstaltungen und zur Unterstützung der Komitees eingesetzt.

Die Sichtagitation zur EAK in unserem Betrieb wurde unter stärkster Unterstützung durch die Agitatoren unserer Partei von dem Ausschuß selbst erstellt.

Auf einer vom Aktionsausschuß einberufenen Versammlung nach der Konferenz wurde von unserem Delegierten Bericht erstattet und zu den Beschlüssen der EAK Stellung genommen. Die Losung: „Eine gemeinsame Demonstration gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages“ wurde diskutiert. Der Ausschuß für Aktionseinheit wurde erweitert und beschloß die ersten Maßnahmen zur gemeinsamen Kundgebung.

Werkteilversammlungen wurden organisiert. Unsere Agitatoren, FDGB-Kollegen, und die Mitglieder des Ausschusses für die Aktionseinheit sprachen in den Versammlungen über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Kundgebung gegen die Remilitarisierung. Auch der Werkfunk wurde tagtäglich für die Agitation eingesetzt. Zwiesgespräche mit Westberlinern und SPD-Genossen wurden unter Unterstützung unserer Genossen organisiert und mehrere Male gesendet. Die Betriebsparteileitung veranlaßte unsere Agitatoren, mit bekannten SPD-Genossen zu diskutieren und sie zu einer Aussprache am Mikrofon zu bewegen. Dies ist auch in vielen Fällen gelungen und hat viel zur Popularisierung der gemeinsamen Kundgebung beigetragen.



Das Neuköllner Friedenskomitee (Berlin-Westsektor) veranstaltete aus Anlaß der Volksbefragung in den Kulturräumen des EAW Treptow einen Ausspracheabend mit westberliner Werktätigen. Die Wände der Festräume waren von den Werktätigen des EAW mit anschaulichen Tafeln ausgestattet, auf denen den Neuköllnern mit Fotos und Kurven die steile Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft aufgezeigt wurde.

Auf Anregung unserer Genossen brachten eine ganze Anzahl westberliner Kollegen an ihren Arbeitsplätzen Schilder an, auf denen stand: „Ich beteilige mich an der gemeinsamen Kundgebung.“ Außerdem wurde eine Reihe größerer Transparente, die zur gemeinsamen Maikundgebung aufforderten, im Betrieb angebracht. An der Stirnseite des Werkes, mit der Sicht zum Bahnhof Treptow, wurde mit großen Buchstaben die Parole: „Am 1. Mai gemeinsame Kundgebung gegen die Remilitarisierung Deutschlands“ angebracht.

Unsere Betriebszeitung brachte verschiedene Artikel über die Herstellung der Aktionseinheit. Auch unsere Wandbretter wurden von den Agitatoren der Grundorganisationen zur Aufklärung und Mobilisierung der Kollegen ausgenutzt.

All das konnte erreicht werden, weil die Parteileitung nach einem vorher festgelegten Arbeitsplan vorging und die Arbeit unserer Genossen in den Grundorganisationen und in den Massenorganisationen anleitete und kontrollierte.

Bei der Konzentration auf die Vorbereitungen zur gemeinsamen Maikundgebung war die Vorbereitung und die Agitation für die Volksbefragung zu kurz gekommen. Erst als die Kreisleitung uns darauf hinwies, wurde eine Versammlung organisiert, auf der ein Ausschuß für Volksbefragung gewählt wurde. Sorgfältiger und organisatorisch besser vorbereitet als alle anderen bisher durchgeführten Versammlungen, wurde diese Veranstaltung zu einem Erfolg.

Unsere Grundorganisationen setzten ihre Agitatoren ein, die noch intensiver als bisher mit jedem westberliner Kollegen diskutierten. Es gab wohl kaum einen westberliner Kollegen, mit dem nicht über die Notwendigkeit der Bildung eines Ausschusses für Volksbefragung gesprochen worden wäre. So hatten wir schon vor Beginn der Versammlung die Gewißheit, daß eine große Zahl parteiloser westberliner Kollegen gewillt waren, in diesem Ausschuß für Volksbefragung mitzuarbeiten.

Auf der gut besuchten Versammlung, auf der neben dem Kollegen Lentsch vom FDGB viele Diskussionsredner